



PRESSEMITTEILUNG

29. Oktober 2020

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober

Vielfalt und Verantwortung. Medien in der digitalen Gesellschaft

Europa: Die Meinungsfreiheit steht an erster Stelle

München – Medienpluralismus und Meinungsfreiheit, Jugend- und Verbraucherschutz stehen im Zentrum neuer europäischer Gesetzesinitiativen. Dazu sollen die zum Teil über zwanzig Jahre alten EU-Regeln zu Internetwirtschaft und Online-Medienangeboten überarbeitet werden. Bedroht werden Medienpluralismus und Meinungsfreiheit, Jugend- und Verbraucherschutz durch Desinformation und manipulative Verbreitungstechniken. KI-basierte Tools können helfen, manipulierte und manipulierende Inhalte aufzuspüren. Zudem soll auch die Balance zwischen europäischer Regulierung und Mitgliedsstaaten verbessert werden. Das waren die Kernpunkte eines intensiven Austauschs zwischen Vertretern aus Europa und den Bundesländern, zwischen Wissenschaft, Medienunternehmen und Initiativen in der digitalen Konferenzserie „Vielfalt und Verantwortung. Medien in der digitalen Gesellschaft“, die mit einer Abschlussveranstaltung im Rahmen des Europatags während der MEDIENTAGE MÜNCHEN beendet wurde. Die Konferenzreihe wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet. Professor Monika Grütters MdB schloss die Reihe mit ihrem Fazit ab.

„Wenn einzelne Mitgliedstaaten nur zögerlich hiergegen vorgehen, weil sie sich zum Beispiel einen wirtschaftlichen Standortvorteil sichern wollen, dann ist das schlicht nicht akzeptabel.“ Monika Grütters sprach deutlich die Mängel in der grenzüberschreitenden Durchsetzung beispielsweise des Jugendschutzes an, etwa wenn es um den Schutz von Heranwachsenden vor pornografischen bzw. kinder- und jugendgefährdenden Inhalten gehe. Grütters machte aber auch klar, dass bei aller Notwendigkeit horizontaler Koordination innerhalb der Europäischen Union die Länderhoheit in der Vielfaltsregulierung nicht angetastet werden dürfe. Die Ergebnisse der Konferenzserie fließen auch in die Arbeit des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission ein, die derzeit mit dem Digital Service Act Package, dem European Democracy Action Plan und dem Media and Audiovisual Action Plan an der Modernisierung europäischer Regelwerke arbeitet.

Die digitale Konferenzserie begann am 7. Juli 2020. Ergebnisse aus fünf sogenannten Focus Sessions aus dem Zeitraum zwischen dem 8. September und 1. Oktober wurden in kurzen Videobeiträgen eingespielt. Sie enthielten unter anderem Statements von Professor Wolfgang Schulz, Direktor des Leibniz-Instituts für Medienforschung/Hans-Bredow-Institut, über das Bedeutungsgefüge zwischen europäischer Medienregulierung und Journalismus, zur Balance zwischen europäischer Regulierung und Bundesländern von Dr. Tobias Schmid (Direktor der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen und Vorsitzenden der European Regulators Group for Audiovisual Media Services, ERGA). Wilfried Runde, Leiter für Innovationsprojekte bei der Deutschen Welle, präsentierte per Video eine Expertise über Künstliche Intelligenz (KI) und Qualitätsjournalismus.

Maria Donde (EPRA, Head of International Content Policy beim UK Office of Communications (Ofcom)), Aura Salla von Facebook und der deutsche Journalist Michael Seemann kommentierten jeweils die Ergebnisse der Focus-Gruppen.

Maria Donde unterstrich, wie die digitale Transformation die europäischen Medienregulatoren zu flexiblem und agilem Handeln zwingt, insbesondere beim Schutz von Meinungsfreiheit und Pluralität. Die europäischen Medienregulatoren müssten in der Formulierung ihrer Ziele nicht nur auf den Mediensektor selbst blicken, sondern auch in den Dialog mit Akteuren außerhalb des Systems treten.

Aus der Sicht von Facebook bekräftigte Aura Salla, dass die großen Plattformen seit langem klare regulative Standards fordern. Sie unterstrich das Anliegen des sozialen Online-Netzwerks, die eigenen Nutzer zu schützen. Sie erwarte, dass der angekündigte Digital Service Act Innovationsstärke und unternehmerische Möglichkeiten in der Europäischen Union (EU) fördern werde.

Der deutsche Journalist Michael Seemann stellte fest, dass die rein quantitative Zunahme an Nachrichten im Internet nicht den demokratischen Diskurs befördert habe. Er verwies auf den enormen Einfluss der Plattformen auf die Meinungsbildung, den diese auch über ihre Selbstregulierung ausübten. KI-basierte Lösungen könnten keine rein objektiven Daten generieren, da ein gewisser Bias immer Basis der angestrebten Datenauswahl sei. In der Regulierung komme es daher darauf an, die Ziele von Steuerungsmechanismen klar und transparent zu formulieren.

In einer Abschlussrunde diskutierten die EU-Parlamentarierin Sabine Verheyen (CDU), Giuseppe Abbamonte (Direktor des Bereichs Medienpolitik bei der Europäische Kommission), Staatssekretärin Heike Raab aus Rheinland-Pfalz (koordinativ verantwortlich für die Medienpolitik der Bundesländer) und der Vorsitzende der ARD, WDR-Intendant Tom Buhrow, über Aufgaben und Perspektiven, die sich aus den erarbeiteten Fokusthemen ergeben.

Giuseppe Abbamonte unterstrich insbesondere die Bedeutung der Perspektiven, die sich aus der Überarbeitung der europäischen Regelwerke in den Initiativen Media Action Plan und Democracy Action Plan sowie dem Digital Services Package ergeben.

Sabine Verheyen hob die Notwendigkeit einfacher und einheitlicher Regeln insbesondere für einen effektiven Jugendschutz und Transparenz in der Werbung hervor.

Heike Raab freute sich, dass der neue Medienstaatsvertrag mit der Zustimmung von Mecklenburg-Vorpommern am 28. Oktober nun vollständig ratifiziert wurde. Dies bedeute Fortschritte insbesondere in der Auffindbarkeit von und dem Zugang zu digitalen Inhalten, für die Sichtbarkeit von Qualitätsjournalismus, den Jugendschutz und die Verantwortung von Online-Plattformen. Deutschland könne mit dem Medienstaatsvertrag eine starke Position im öffentlichen Diskurs über Meinungsfreiheit und Medienvielfalt einnehmen.

Tom Buhrow betonte die starke Position der Qualitätsmedien und der Gemeinschaft der Rundfunkanstalten in Europa. Sie stellten ein kraftvolles Gegengewicht zu einer Polarisierung der Gesellschaften dar, wie sie aktuell etwa die Demokratie in den USA herausfordere. Er begrüßte, dass die internationalen Tech-Plattformen zunehmend verpflichtet würden, auch inhaltlich für ihre Angebote Verantwortung zu übernehmen.

Wolfgang Schulz fasste in einer Videoeinspielung die Herausforderungen europäischer Medienregulierung zusammen: Es müsse darum gehen, Medienvielfalt in einem funktionalen Denkansatz zu begreifen. Dabei müssten alle Akteure intensiv miteinander verzahnt werden und gemeinsam Verantwortung übernehmen. Dabei sei Meinungsfreiheit als absolutes Leitprinzip wichtig sowie die länder- und gremienübergreifende Vernetzung von Wissen und Kompetenzen in Europa. Die Europäische Kommission könne bei diesem Prozess als zentraler Koordinator wirken und die Europäische Gemeinschaft so von Projekten wie dem deutschen Medienstaatsvertrag oder anderen europäischen Regelwerken lernen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.